

Liebe Delegierte des 7. Landesparteitages,

das Zeitregime des Parteitages und die vielen wichtigen und motivierenden Beiträge haben dazu geführt, dass ich meinen kleinen Redebeitrag nicht mehr halten konnte. Deshalb schreibe ich euch kurz auf diesem Weg:

Das Volksbegehren gegen die ständigen Bedarfskürzungen in den Schulen und die unklare Perspektive für die wichtige Schulsozialarbeit hat uns als Partei mit ihren Gliederungen, die Landtagsfraktion und die Wahlkreisbüros mehr als ein Jahr begleitet und beschäftigt – von den 6.000 Unterschriften für die Antragstellung Mitte Oktober 2019 bis zur Abgabe der knapp 77.000 Stimmen am 30. September 2020.

Wir haben am Ende das hohe Ziel nicht erreichen können, aber wir haben in dieser Auseinandersetzung nicht verloren! Wir können stolz sein auf unseren Beitrag im Bündnis „Den Mangel beenden! Unsern Kindern Zukunft geben!“ Für den großen Einsatz, den ihr – Genossinnen und Genossen – in diesen Monaten, die von der Pandemie überschattet und maßgeblich beeinflusst waren, geleistet habt, wollte ich euch von der Bühne des Parteitages aus ganz herzlich danken!

Ich wollte – auch vor den Hintergrund der sehr verbindlich gehaltenen Redebeiträge von Susanne Wiedemeyer und Annett Kannenberg-Bode – auf die sehr intensive, verlässliche und engagierte Zusammenarbeit im Bündnis vor allem mit Eva Gerth, der GEW-Vorsitzenden hinweisen, die wegen eines persönlichen Termins nicht zu unserem Parteitag kommen konnte, mich aber ausdrücklich gebeten hatte, ihre Grüße zu übermitteln.

Ich wollte euch darüber informieren, dass das Bündnis, in dem auch Elternvertreter*innen aus dem Landeselternrat und der Elternratsinitiative aus Magdeburg besonders aktiv mitgewirkt haben, voraussichtlich bestehen bleiben und weiter zusammenarbeiten wird – denn mit dem formalen Scheitern des Volksbegehrens sind die Probleme, die uns auf die Straßen und Plätze getrieben haben, ja nicht erledigt. Im Gegenteil, wir sehen leider einer weiteren dramatischen Verschlechterung der Unterrichtsversorgung entgegen.

In dieser Situation hat nun der Bildungsminister den „Schulfrieden“ für Sachsen-Anhalt erfunden. Mit dieser PR-Initiative verbindet er die Hoffnung, die desaströse Bilanz seines Wirkens aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Wir können heute noch nicht genau sagen, was aus dieser Initiative überhaupt wird, denn die Einladung dazu enthält keinen Hinweis auf die Struktur und die Substanz dieser Gespräche. Aber wir werden uns von ihm nicht fangen lassen.

Wir haben dagegengesetzt, dass wer „Frieden“ will, vorher seine „Kriegserklärungen“ zurücknehmen muss, die da u.a. wären: die „bedarfsmindernden“ Maßnahmen, die ungeklärte Perspektive für die Verstärkung und den Ausbau der Schulsozialarbeit, das komplette Versagen beim Ausbau der Lehrerausbildung an der MLU und der OvGU und jetzt ganz aktuell die neue Verordnung zur Schulentwicklungsplanung mit einer Reihe von ideologisch motivierten Verschlechterungen, die weitere Schulschließungen im Grundschulbereich forcieren und Neugründungen vor allem von Gesamtschulen verhindern sollen, aber auch erfolgreichen Gemeinschaftsschulen das Leben schwer machen werden.

In der kommenden Landtagssitzung in der nächsten Woche stellen wir erneut einen Antrag, wie die Lehrkräftegewinnung konkret verstärkt werden kann und in der Sitzung im November werden wir beantragen, die Verschärfungen aus der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung zurückzunehmen. Wir sind uns bleiben also in den schulpolitischen Fragen aktiv und konkret.

Die Erwartungen der Menschen an uns, sie vor Ort beim Kampf gegen Unterrichtsausfall und Lehrermangel und weitere Schulschließungen zu unterstützen, bleiben bestehen – und deshalb wird und muss die Bildungspolitik selbstverständlich eines unserer wichtigen Wahlkampfthemen bleiben. Und zwar unabhängig davon, ob die Tullnerschen „Friedensgespräche“ stattfinden und vielleicht sogar Ergebnisse bringen oder aber ob sie ausgehen, wie das bekannte „Hornberger Schießen“ – was sehr wahrscheinlich ist.

Wir haben die gesellschaftlich wichtigen Themen und wir haben gut begründete Lösungen für viele Probleme, die die Regierungen hier im Land aufhäufen:

- für ein Gesundheitssystem in öffentlicher Verantwortung
- für eine massive Erhöhung der kommunalen Finanzausstattung
- für soziale Gerechtigkeit und gegen (Kinder)Armut
- für eine chancengerechte Bildung
- für die Umverteilung des vorhandenen Reichtums zur Finanzierung unserer Pläne

Wir können mit breiter Brust, mit Zuversicht und Optimismus in das Wahljahr 2021 gehen und ich hoffe, dass wir damit und mit Eva als unserer Spitzenkandidatin Erfolg haben werden.